



Berlin, 11. Dezember 2012

GdP zur Forderung für beginnende Tarifverhandlung:

Polizeibesetzte erwarten spürbare Einkommenssteigerung

Berlin. Die Beschäftigten der Polizei in den Ländern erwarten von den im kommenden Jahr beginnenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Der Abstand zwischen den Einkommen im öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft wird immer größer, eine Inflationsrate von über zwei Prozent haben die Tarifabschlüsse der letzten Jahre aufgezehrt. Wir fordern 6,5 Prozent mit einer sozialen Komponente bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine Übernahmeregulierung für die Auszubildenden.“

Gemeinsam mit ver.di, GEW und der dbb-tarifunion gab die GdP am Dienstag, 11. Dezember 2012 in Berlin die Beschlüsse ihrer Gremien für die kommende Tarifrunde bekannt.

Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig: „Die Tarifbeschäftigten in der Polizei haben Jahre des Personalabbaus hinter sich mit dem Ergebnis ständig wachsender Aufgaben und zunehmender Arbeitsverdichtung. Sie wollen nicht auch noch zusätzlich die rote Laterne in der Einkommensentwicklung tragen.“

Auch gegenüber den Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen seien die Polizeibesetzte der Länder im Rückstand. Kerstin Philipp: „Unsere Geduld ist am Ende. Das werden die Arbeitgeber in den Verhandlungen spüren.“

Bei möglichen Tarifaueinandersetzungen sind sich die Angestellten in der Polizei der Solidarität der beamteten Kolleginnen und Kollegen sicher: „Wir kämpfen auch für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses auf die Polizeibeamtinnen und -beamten.“ Deshalb, so warnt Philipp, werde eine störrische Haltung der Arbeitgeber nur Sand in das Getriebe der inneren Sicherheit werfen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190